



Resolution Nova EUropa-Präsidiumstagung 2013: Vorschläge für eine Wirtschaftsregierung der Eurozone zeitnahe umsetzen!

Der EU-Beitritt Kroatiens unterstreicht den erfolgreichen Weg der europäischen Integration. Nun geht es aber vorrangig um dringend notwendige Vertiefungsschritte. Daher begrüßt das Nova EUropa-Präsidium die vom französischen Staatspräsidenten François Hollande im Mai dieses Jahres gemachten Vorschläge zur Bildung einer "echten Wirtschaftsregierung" für die Eurozone, die sich "mindestens einmal im Monat" trifft und der ein "echter Präsident" vorsteht, der für eine längere Periode gewählt wird. Ausdrücklich begrüßt das Präsidium den Vorschlag Hollandes, dass diese Wirtschaftsregierung an der Harmonisierung der Steuer- und Sozialsysteme der Eurozone arbeiten und gegen Steuerflucht vorgehen soll. Die Eurozone muss auch die Haushaltskompetenzen, wie von Staatspräsident Hollande vorgeschlagen, integrieren – mit der Möglichkeit Eurozonen-Anleihen aufzunehmen.

Hollands Vorgänger Nicolas Sarkozy und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hatten bereits im August 2011 eine "echte Wirtschaftsregierung" für die Eurozone gefordert, die die Finanzpolitik der Eurozone koordiniert, und der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat im vergangenen Herbst in Straßburg in die gleiche Richtung argumentiert.

Das Nova EUropa Präsidium verweist darauf, dass Nova EUropa die Schaffung einer echten Fiskalunion und einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone bereits im Dezember 2011 mit ihrem "Dreistufenplan zur Eurorettung und zur Demokratisierung der Eurozone" als zweiter Stufe gefordert hat (nachdem die erste Stufe bereits umgesetzt wurde – nämlich die unmittelbare Stabilisierung der Eurozone durch die Ankündigung der EZB, bereit zu stehen, unbegrenzt Staatsanleihen von Eurostaaten anzukaufen). In einem dritten Schritt muss dann mittelfristig diese europäische Wirtschaftsföderation in eine vollständige politische Union, die "Europäische Republik" umgewandelt werden, die dann als ein Staat Mitglied der Europäischen Union ist.

Das Nova EUropa-Präsidium fordert daher, die aktuellen Vorschläge betreffend eine Eurozonen-Wirtschaftsregierung weiter zu konkretisieren und zeitnahe umzusetzen.

- Eine Wirtschaftsföderation der Eurostaaten ist jetzt der logische nächste Schritt, um die Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer zu stabilisieren.
- Sie ist eine Notwendigkeit, um die Soziale Marktwirtschaft in Europa abzusichern und zu verhindern, dass Europa Spielball der Finanzmärkte und anderer globaler Großmächte bleibt.
- Sie ist realistischer als eine Föderation der Nationalstaaten aller EU-Staaten, wie von Kommissionspräsident Barroso vorgeschlagen, weil ein solcher Vertrag kaum die Zustimmung aller 28 EU-Staaten finden wird.

- Sollten nicht alle Eurostaaten zu einer Wirtschaftsföderation bereit sein, hat Nova EUropa bereits im Dreistufenplan die Forderung erhoben, dass jene Länder, die nicht zur Aufgabe von Souveränität bereit sind, die Eurozone verlassen. Die Weiterentwicklung des europäischen Projekts darf nicht durch Bremser verhindert werden – Deutschland, Frankreich und Italien als die größten Eurostaaten müssen aber jedenfalls Teil dieser Europäischen Föderation der Eurostaaten sein.

Ausdrücklich verweist das Nova EUropa-Präsidium nochmals auf die Forderung nach einer parlamentarischen Kontrolle einer Eurozonen-Wirtschaftsregierung und wiederholt den Vorschlag des Dreistufenplans vom Dezember 2011:

- Die erste Kammer, die Föderationsversammlung, soll aus den EU-Parlamentariern der Eurostaaten bestehen.
- Die zweite Kammer, der Föderationsrat, soll aus Mitgliedern der Regierungen der Euro-Staaten, bestehen. Entsprechend der Regelung für den deutschen Bundesrat sollen die Stimmen nach der Einwohnerzahl gestaffelt sein, wobei die kleineren Länder überproportional vertreten sind (z.B. Deutschland, Frankreich, Italien: 6 Mitglieder; Spanien: 5 Mitglieder; Niederlande: 4 Mitglieder; Österreich, Belgien, Griechenland, Portugal: 3 Mitglieder; Slowakei, Finnland, Irland: 2 Mitglieder; Slowenien, Luxemburg, Estland, Zypern, Malta: 1 Mitglied).

Wien, 1. Juli 2013

Vzkl.a.D. Dipl.-Ing. Dr. h.c. Josef Riegler
Vorsitzender des Nova EUropa-Präsidiums

Mag. Karl Koller
Nova EUropa-Obmann